

Berufsverbote in Baden-Württemberg



Von den zahlreichen Nazi-Juristen, die nach 1945 früher oder später unangefochten wieder in Gerichten oder in der Politik aktiv werden konnten (siehe „Die Akte Rosenberg“ - Untersuchung im Auftrag des Bundesjustizministeriums) etablierten sich auch einige als hochrangige Persönlichkeiten der politischen Führung Baden-Württembergs. Sie wirkten hier in den 1970er/80er Jahren maßgeblich mit an der Verfolgung linker, demokratischer junger Menschen, die sich für den öffentlichen Dienst bewarben oder dort bereits tätig waren. Später folgten ihnen konservative Politiker*innen, die diese Linie fortsetzten.

In den meisten Fällen war der Anlass für Berufsverbotsmaßnahmen bis hin zur Entlassung die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen linken Gruppe oder Partei, die Kandidatur zu Wahlen an Hochschulen oder zu Gemeinderatswahlen, ja sogar die Ausübung eines Wahlamts.

In keinem einzigen Fall wurde den Betroffenen also kriminelle Handlungen, konkrete Vergehen, Verstöße gegen Gesetze oder gar gegen das Grundgesetz vorgeworfen.

Die folgenden Fälle stehen stellvertretend für viele andere:



Christa Asprien

1983 Studium und 1. Examen an der PH Reutlingen (Geistigbehindertpädagogik, Pädagogik der Erziehungshilfe, Sport)
1984 Drei Wochen nach Beginn des Vorbereitungsdienstes für das Lehramt an Sonderschulen teilt das Oberschulamt (OSA) Stuttgart mit, es gebe „begründete Zweifel an der Verfassungstreue“.
Vorwürfe: behauptete Mitgliedschaft in DKP und MSB Spartakus, Besuch von Veranstaltungen der DKP, Redebeitrag zur Friedenszerziehung auf dem Bundeskongress des MSB Spartakus
Aus diesen „Vorwürfen“ konstruiert das OSA Stuttgart, dass die Ernennung zur Beamtin auf Widerruf durch arglistige Täuschung erschlichen wurde. Darauf folgt die sofortige Rücknahme der Ernennung zur Beamtin auf Widerruf, verbunden mit Hausverbot im Staatlichen Seminar, sowie in der Ausbildungsschule. Außerdem Rückforderung der bis zu diesem Zeitpunkt erhaltenen Bezüge (ca. 2000 DM) ohne Anknüpfung.
1986 bestätigt der VGH Mannheim das Ausbildungsverbot.
1991 Nach Anhörungen Zulassung zum Vorbereitungsdienst
1996 Verbeamtung auf Lebenszeit
Seit 2013 Sonderschulkonrektorin in Biberach

Reinhard Gebhardt

Nach der ersten Dienstprüfung im Juli 1974 studierte Reinhard Gebhardt an der PH Heidelberg (Schwerpunkte: Grundschulpädagogik, Literatur und Technisches Werken).
Dezember 1974 Ablehnung der Einstellung in den Schuldienst durch das Oberschulamt Karlsruhe mit Bezugnahme auf das KPD-Verbot von 1956
Vorwürfe: seit 1971 Mitgliedschaft in der „Basisgruppe PH“ und Kandidatur bei den Wahlen für das Studentenparlament, im Juli 1972 und Februar 1973 Kandidatur für das Wahlbündnis der „Basisgruppe PH“ der „Kommunistischen Hochschulgruppe Neues Rotes Forum“
Das bedeutet: Ausbildungsverbot!
1974 bis 2001 Arbeit als Schweißer, Nah-, Bezirks- und Fernfahrer
Von Januar 2001 bis Juli 2001 macht Reinhard Gebhardt einen Versuch die zweite Prüfung nachzuholen.
Ab 2001 bis zum Beginn der vorzeitigen um 7,5 Prozent gekürzten Rente 2014 arbeitet er teils in seinen Berufen und lebt eine Zeitlang von ALG2.

Lothar Letsche

1977 Bewerbung für das Referendariat an Gymnasien (Englisch, Geschichte, Politikwissenschaft) in Stuttgart abgelehnt
Begründung: Teilnahme an Sitzungen/Veranstaltungen einer DKP-Wohngebietsgruppe und des MSB Spartakus, Eintreten für „fortschrittliche Bildungspolitik“; das Einlegen von Rechtsmitteln gegen ein Hausverbot als GEW-Funktionär während eines Studierendenstreiks.
Nach 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien nicht zum Referendariat zugelassen. Klage in drei Instanzen abgewiesen. Das bedeutete: Ausbildungsverbot.
Besonders makaber an diesem Fall: Die Eltern mussten 1938 als Nazigeegner ihre christliche Buchhandlung in Freiburg aufgeben, der Vater war dann bis zur Befreiung 1945 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ inhaftiert.
Ab 1977 Arbeit in einem Schulbuchverlag in Dortmund
Ab 1981 Arbeit am Deutschen Institut für Fernstudien (DIFF) in Tübingen Kündigung am letzten Tag der Probezeit auf Geheiß des Wissenschaftsministeriums, aber die Kündigung ist unwirksam.
2003 Erneuter Versuch einer Kündigung scheitert.
Seit 2011 in Altersrente

Sabina Fischer-Hampel

1976 Nichtzulassung zum Referendariat an Gymnasien für Wissenschaftliche Politik und Deutsch
Begründung: Kandidaturen zu studentischen Gremien für den MSB Spartakus, Diskussionsleitung einer Veranstaltung der „Marxistischen Arbeiterbildung“, Reise nach Dresden, Teilnahme an Mitgliederversammlungen und Bildungsabenden der DKP Reutlingen sowie an Vorträgen der „Marxistischen Arbeiterbildung“
1979 Erfolg vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen: „Die angefochtenen Entscheidungen sind rechtswidrig und verletzen die Klägerin in ihren Rechten.“
Aber die Landesregierung setzt das Ausbildungsverbot in letzter Instanz (bis zum Bundesverwaltungsgericht 1982) durch.
1995 Die Wiederaufnahme des Falles auf Grundlage des Urteils des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs scheitert 1996 wegen Aussichtslosigkeit.

Baden-Württembergische Besonderheit: Ausbildungsverbote

Voraussetzung für eine abgeschlossene Ausbildung als Lehrerin/Lehrer ist ein Referendariat, das im Anschluss an das Hochschulstudium an einer Schule absolviert werden muss. Bis in die 1980er Jahre hinein war dies in Baden-Württemberg nur im Beamtenverhältnis möglich.

Vor dem Hintergrund des Radikalenerlasses durften Lehramtsbewerberinnen und -bewerber in Baden-Württemberg wegen Zweifeln an ihrer Verfassungstreue nicht einmal ihre Ausbildung abschließen. Es lag also auch im engen Wortsinn ein echtes Berufsverbot vor.

Auch Privatschulen konnten keinen Ausweg bieten:

„Ein Lehrer, an dessen Verfassungstreue Zweifel bestehen, bietet somit auch nicht die Gewähr seiner Eignung zum Privatschullehrer.“ (VGH [Verwaltungsgerichtshof] Baden-Württemberg, Urteil vom 17.8.1976 – IV 352/76). Erst in den 1980er Jahren erklagten sich Betroffene bei Arbeitsgerichten einen Weg ihre Ausbildung wenigstens im Angestelltenverhältnis zu beenden.



Klaus Mausner

1972 Bewerbung um die Referendarausbildung als Kunstlehrer an Grund- und Hauptschulen - Ablehnung durch Oberschulamt Nordwürttemberg v.a. wegen aktiver DKP-Mitgliedschaft
Begründung: „Es genügt nicht, dass nichts gegen einen Bewerber spricht, vielmehr muss positiv etwas zu seinen Gunsten sprechen.“
Das bedeutet: Ausbildungsverbot!
Von 1974 bis 75 Referendarausbildung in Offenbach/Hessen, zweites Staatsexamen, danach ebenfalls durch die dortige SPD-Landesregierung Berufsverbot mit annähernd gleichem Wortlaut.
Jahrelang in verschiedenen Aushilfsjobs und als freiberuflicher Journalist tätig.
1993 Neubewerbung beim Kultusministerium Baden-Württemberg unter der CDU-SPD-Koalitionsregierung, erneute Ablehnung: ... Maßgeblich für diese Entscheidung ist, dass Sie sich noch vor nicht allzu langer Zeit aktiv für die verfassungsfeindlichen Ziele der DKP eingesetzt haben und dass in den neuen Bundesländern derzeit alle vergleichbar politisch belasteten Lehrer aus dem Schuldienst entlassen werden ...“ (Dr. Ziegler)
Seither: freiberuflicher Bildhauer
Heutige Rentenhöhe: 589,51 Euro

Hannelore Salzmann-Tohsche

1976 Bewerbung für das Referendariat
Ladung zu einer „Anhörung“ zum Oberschulamt Karlsruhe
Vorwürfe: Kandidatur für das Studentenparlament auf der Plattform der KHG (Kommunistische Hochschulgruppe), dabei insbesondere, dass darin „eine Ausbildung im Dienste des Volkes“ gefordert wurde. Da sie sich nicht von der Wahlplattform distanzieren wollte und auch nicht bereit war, über Interna der KHG zu sprechen, war die Folge ein Ausbildungsverbot in Baden-Württemberg.

Ingrid Sühring

Juli 1975 Nichtzulassung zum Referendariat für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Sonderschulen
Begründung: Anmeldung von Infoständen des Afrika-Komitees der „Liga gegen Imperialismus“ beim Ordnungsamt Reutlingen
Weiterer Berufsweg:
Lagerarbeiterin, Bürojob, Lehrerin für Stenographie, Maschinenschreiben, Kaufmännisches Rechnen an einer privaten Handelsschule, Anwaltssekretärin, Korrekturleserin bei Reclam und Klett, selbständiges Lese- und Schreibbüro in Tübingen, Aushilfsjob bei der Juristenzeitung, Sekretärin bei einem Strafrechtler an der Uni Tübingen
1995 Aufbaustudium für das Lehramt an Sonderschulen in Reutlingen
Seit 2000 Sonderschullehrerin im Angestelltenverhältnis

Dieter Roth

1976 Bewerbung zum Referendariat in Baden-Württemberg abgelehnt
Begründung: Mitgliedschaft im MSB-Spartakus und vermutete Mitgliedschaft in der DKP
1978 Ausbildungsverbot
2. Dienstprüfung in Hessen
1978 Umschulung zum Computertechniker
Seit 2007 in Rente



Die eifrigsten Berufsverbote in Baden-Württemberg



Hans-Karl Filbinger (CDU)
NSDAP-Mitglied von 1937 bis 1945
Als Marinerichter verhängte er noch kurz nach Kriegsende ein Todesurteil und ließ es vollstrecken.
„Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!“ (1978)
Ministerpräsident in Baden-Württemberg 1966 bis 1978



Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU)
1963 bis 1969 persönlicher Referent von Hans Filbinger
Ab 1976 politischer Staatssekretär im Staatsministerium
Kultusminister von 1980 bis 1991
Verantwortlich für viele Berufsverbote



Karl Schiess (CDU)
NSDAP-Mitglied vom Bodensee (im Volksmund „Hakenkreuzkarle“ genannt)
1951 bis 1955 Richter am Badischen Verwaltungsgerichtshof
1972 bis 1978 Innenminister
Im Januar 1973 erließ er den nach ihm benannten Schiess-Erlass, der die Überprüfung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs auf ihre Verfassungstreue anordnete.



Günther Gehring (CDU)
Stadtrat in Heidelberg
Im Oberschulamt Karlsruhe bis 1991
Leitender Regierungsdirektor
Leiter der Rechtsabteilung
Verantwortlich für zahllose Anhörungen und viele Berufsverbote



Wilhelm Hahn (CDU)
Theologe
Kultusminister 1964 bis 1978
Verantwortlich für viele Berufsverbote



Annette Schavan (CDU)
Kultusministerin 1996 bis 2005
Scheitert mit Berufsverbot für aktiven Antifaschisten



Dr. Helmut Fuchs
Ab 1939 als Freiwilliger in der „7. SS-Leibstandarte Adolf Hitler“
Nach 1945 Rechtsberater der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG)“
Seit 1951 in führenden Funktionen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit Baden-Württembergs als Chef des Disziplinarhofs, ab 1978 des Verwaltungsgerichtshofs



Dr. Wolfgang Ziegler
Regierungsdirektor im Kultusministerium
Leiter der Rechtsabteilung
In zahlreichen Anhörungen durch besondere Schärfe aufgefallen
Verantwortlich für viele Berufsverbote



Seit 33 pausenlos in Sorge
um Deine innere Sicherheit.

Münionschrift Filbinger (Marinefahberichter a.D.)

Wer wurde zum „Verfassungsfeind“ erklärt?

Welche Sachverhalte haben bei der baden-württembergischen Landesregierung, ihren untergeordneten Behörden und Beamten und teilweise auch bei Gerichten und Richtern zu „Zweifeln an der Verfassungstreue“ und damit zu Ausbildungsverboten und Berufsverböten geführt?

Vorhaltungen bei Anhörungen bzw. Ablehnungen waren z.B. ...

... dass er „Geschichte im marxistisch leninistischen Sinne“ erteilt – Beweis: Zitat von August Bebel aus dem Jahr 1871 (!), das in einem Schülerheft gefunden wurde.

... dass sie Infostände des Afrika-Komitees der „Liga gegen Imperialismus“ beim Ordnungsamt Reutlingen angemeldet hat.

... seine Bereitschaft, sich für die Ziele der DKP einzusetzen, komme „insbesondere“ durch seine „jetzige Funktion als Stadtrat der DKP in XX zum Ausdruck“.

Die Betroffenen



Allein in Baden-Württemberg gab es mehr als 2000 aktenkundige Fälle. (Stuttgarter Zeitung, 18.12.2014)
 Von diesen 2000 sind viele unbekannt geblieben, viele sicher auch letztendlich unbehelligt, aber viele mussten sich gegen ein Berufsverbot oder behördliche Schikanen wehren – und waren dabei mehr oder weniger erfolgreich, z.B.:



Sigrd Altherr-König

Lutz Bäuerle †

Heinrich Blasenbri

Michael Csaszköczy

Reinhilde Engel †

Werner Engelmann

Gerlinde Fronemann

Fritz Güde

Erika Heinzmann

Martin Hornung

Erhard Jöst

Gisela Kehrer-Bleicher

Jochen Kelter

Stefan Kühner

Dieter Lachenmayer

Christina Lipps

Klaus Lipps

Johannes Meyer-Ingwersen †

Andreas Salomon

Hans Schaefer

Harald Schwaderer

Wolfgang Serway

Heinz Siebold

Einige der 2000 Namen:

Sigrd Altherr-König, Christa Asprien, Susanne Barck †, Lutz Bäuerle †, Gert Bauer, Agnete Bauer-Ratzel, Marion Bentin, Heinrich Blasenbri, Dieter Bongers, Klaus Bregler, Michael Buck †, Michael Caroli, Michael Csaszköczy, Reinhilde Engel †, Werner Engelmann, Franz Fetzer, Sabina Fischer-Hampel, Gerlinde Fronemann, Reinhard Gebhardt, Marianne Großmann-Mönch, Fritz Güde, Erika Heinzmann, Manfred Heinzmann, Martin Hornung, Irene Hufnagel, Hans-Joachim Ille, Erhard Jöst, Irene Jung, Otto Kandler, Jochen Kelter, Bernd Kehrer, Gisela Kehrer-Bleicher, Brigitte Kiechle, Wolfgang Kohla, Ursula Krause-Schmitt, Stefan Kühner, Winfried Kretschmann, Ulrich Kypke, Dieter Lachenmayer, Lothar Letsche, Ingo Liebrich, Christina Lipps, Klaus Lipps, Christina Löwer †, Willi Mader, Klaus Mausner, Frohmut Menze, Johannes Meyer-Ingwersen †, Hildegard Müller, Gerhard Pieper, Fritz Pospiech †, Ina Reinecke, Gerno Reisinger, Jo Riedler, Roswitha Rockenbauch, Dieter Roth, Andreas Salomon, Hannelore Salzman-Tohsche, Hans Schaefer, Harald Schwaderer, Wolfgang Serway, Ingrid Sühning, Albert Scherer, Heinz Siebold, Wolfgang Simon, Harald Stierle, Cornelia Stoll, Irmela Tank †, Uli Thiel †, Ulrich Topp, Dr. Gunter Waldeyer-Hartz, Heiderose Wohlfahrt, Erich Zahn, Jane Zahn ...

„Es genügt nicht, dass nichts gegen einen Bewerber spricht, vielmehr muss positiv etwas zu seinen Gunsten sprechen. Wer – wie der Antragsteller – bei allen möglichen Ostermärschen, Kundgebungen gegen die Notstandsgesetze und Vietnamdemonstrationen im vorderen Glied mitmarschiert ist und die rote Fahne geschwungen hat, braucht zwar noch nicht unbedingt ein Kämpfer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes zu sein, aber eine positive Gewähr dafür, dass er jederzeit für die freiheitliche Grundordnung eintritt, liegt darin gewiss auch nicht ...“

„Keine Kommunisten in den öffentlichen Dienst, kein ausländisches Fleisch in deutsche Wurst!“

(Bauernpräsident Constantin Freiherr von Heeremann; zit. aus: Das Parlament, 9/79 (offizielles Organ des Bundestages))

Vorhaltungen bei Anhörungen bzw. Ablehnungen waren z.B. ...

... dass er an einem Trauermarsch für den 1974 in Polizeigewahrsam umgekommenen Günter Routhier teilgenommen hat.

... dass er eine Zulassungsarbeit zum Thema „Die Bedeutung der Mengenlehre und der Versuch einer Begründung“ geschrieben hat. Sie wird wegen „einseitig materialistischen Positionen“ abgelehnt.

... dass er im Mathematikunterricht „immer alles so lange erklärt hat, bis es auch der letzte verstanden hat“.

... dass er in seiner Heiratsanzeige in einer Zeitung zwei Zeilen aus dem Wintermärchen von H. Heine: „Und fehlt der Pfaffensegen dabei, die Ehe wird gültig nicht minder.“ zitiert hat.

... dass er Flugblätter unterzeichnet hat („Solidarität mit dem chilenischen Volk gegen den Pinochet-Putsch“ und „Stoppt die kriegsrische Aggression gegen Vietnam“).

... dass das Einlegen von Rechtsmitteln beweist, „dass der Kläger aktiv für Auffassungen eintritt, welche er als richtig ansieht“.

... dass er angeblich ein Flugblatt gegen Berufsverbote im Unterricht verwendet hat (obwohl er zu diesem Zeitpunkt, bereits an eine andere Schule in eine andere Stadt versetzt worden war).

Widerstand - damals und heute



Widerstand damals ...



Protest-Aktion in Bühl/Baden (1978)

Fast überall, wo es Fälle von Berufsverbot gab, bildeten sich Komitees und Gruppen zur Unterstützung der Betroffenen.

Um die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren, wurden zu den Fällen Dokumentationen hergestellt, Unterschriften gesammelt, Protestbriefe geschrieben, Infostände und Vortragsveranstaltungen organisiert. Mit Straßentheater, Konzerten, Zeitungsanzeigen, Diskussionen und Demonstrationen wurde für die Unterstützung der Betroffenen geworben.



Demonstration in Strasbourg (1976)

Film „Verfassungsfeinde“

1976 drehte der Bühler Arbeitskreis gegen Berufsverbote den preisgekrönten Kurzfilm „Verfassungsfeinde“ über den Fall des Bühler Lehrers Klaus Lipps und die historischen und politischen Hintergründe der Berufsverbote. Er wurde ins Englische und Französische übersetzt und bei vielen hundert Veranstaltungen gezeigt.

Der Koordinierungsausschuss

Regelmäßig trafen sich Vertreter*innen der einzelnen Initiativen im „Koordinierungsausschuss der baden-württembergischen Initiativen gegen Berufsverbote“ in Stuttgart, um die Lage einzuschätzen und landesweite Aktionen zu beraten.



Maulkorb-Aktion „Das Maß ist voll“ (1982)



Die Duckmaus

Symbol des Widerstands war die sogenannte (Anti-)Duckmaus, die ein befreundeter Künstler entworfen hatte.

Sie trug durch den vieltausendfachen Verkauf auf Buttons oder Aufklebern wesentlich zur Finanzierung der Arbeit bei.

... und Widerstand heute



Sindelfingen, 22.04.2012:

Landesdelegiertenversammlung der GEW Baden-Württemberg

Lothar Letsche, ehemals vom Berufsverbot betroffen, überreicht eine „Anti-Duckmaus“ an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann.



„Runder Tisch“ mit Vertretern der Grün-Roten Landesregierung

Nach intensiven Bemühungen erreichte die Initiative 2015 die Einrichtung eines „Runden Tisches“ mit Grünen- und SPD-Abgeordneten und zwölf Betroffenen. Anhand zahlreicher Einzelfälle wurde das Thema diskutiert und die Forderungen der Betroffenen verdeutlicht.

Für eine offizielle Erklärung gab es bis zum Ende der Legislaturperiode im März 2016 keine Bereitschaft.



Heidelberg, 2004



Mannheim, 2007



Stuttgart, 2014

1972-2012 - 40 Jahre Radikalenerlass

Berufsverbote für Linke

Unterstützung von Neonazis

VERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN!

Gegen staatliche Repression!

2012

Unterstützung durch Gewerkschaften

Seit 2012 haben sich auf Bundesebene Gewerkschaftstage von GEW, ver.di und IGM wieder mit dem Thema befasst und entsprechende Beschlüsse gefasst, in denen sie die Forderungen der Initiativen unterstützen und eigene AGs gründen. (GEW, 2012: Beschluss des Hauptvorstands; ver.di, 2015: Beschluss des Bundeskongresses; IG Metall, 2015: Beschluss des Gewerkschaftstags).

